

BBB-Antrag wird umgesetzt:

Engelsbach wird saniert und freigelegt



Wo heute noch eine Hecke steht, fließt künftig der freigelegte Engelsbach.

Endlich in Gang kommt die vom BBB beantragte Renaturierung des Engelbaches entlang der Trierer Straße zwischen der Straße Im Wingert und dem Clemens-August-Platz in Poppelsdorf. Der Bach wird auf ca. 80 Metern in einen parallelen Grünstreifen am Rand des Landschaftsschutzgebietes verlegt werden und dort wieder ein offenes Bachbett erhalten. Derzeit verläuft er unter dem Gehweg in einer Verrohrung. Da die Sanierungsbedürftig ist, soll sie nach der Offenlegung aufgegeben werden. Sanierungsbedürftig ist auch der Abschnitt der Bachverrohrung im Bereich der Poppelsdorfer Gastro-Meile, der als erster Abschnitt saniert werden muss. Darauf folgen soll die dazwischen liegende Verrohrung bis zum Clemens-August-Platz als zweiter Abschnitt. Die Offenlage des Baches wird sich daran anschließen. Für die Jahre 2021 - 2023 sind entsprechende Mittel beschlossen.

Bitcoin-Geld stinkt den Grünen nicht:

Mit Stromvernichtung wurden sie zum Millionär

1 Mio. Euro spendete der Softwareentwickler Moritz Schmidt aus Greifswald im April an die Grünen in Berlin. Der Mann, der den Grünen die größte Spende ihrer Geschichte zukommen ließ, hatte das Geld aus Bitcoin-Gewinnen, die er laut Grünen als "unverdienten Reichtum" ansieht. Mit der Spende habe er einen Impuls setzen wollen für einen Politikwechsel, hin zu mehr Umwelt- und Klimaschutz. Das ist ein Wort, denn das Kryptogeld mag eine virtuelle Währung sein, aber der erforderliche Energieverbrauch, um Bitcoins herzustellen, ist real und gigantisch hoch. Nach dem Cambridge Center for Alternative Finance liegt er in diesem Jahr bei rund 120 Terrawattstunden. Das ist mehr, als die Niederlande in einem Jahr an Strom verbrauchen. Der Jährliche Stromverbrauch Deutschlands beträgt rund 524 Terrawattstunden. Dank unvorstellbarer Energievernichtung für das Bitcoin-Mining wurden die Grünen Euro-Millionäre. Geld stinkt bekanntlich nicht.



Kein Personal für Kontrollen genehmigt:

Grüne wollen Schottergärten nicht beseitigen

Vergeblich hat der BBB im Rat beantragt, endlich Personal für angemessene und regelmäßige Kontrollen und die Beseitigung der immer zahlreicheren Schottergärten in Bonn einzustellen. Die Verwaltung hatte erklärt, sie kenne das Problem, könne aber nichts unternehmen, weil sie kein Personal für notwendige Kontrollen habe. Im Umweltausschuss hatte Links-Grün noch den Auftrag für Kontrollen mit beschlossen, aber weiter nur verlangt: "Aus dem vorhandenen Personalbestand werden in angemessenem Umfang Kapazitäten zur Erfüllung dieser Zwecke eingesetzt." Im Rat haben sie dann den Antrag insgesamt abgelehnt. Schottergärten können bleiben. Stattdessen beschloss Links-Grün acht hoch dotierte Stellen für das Amt der grünen OB.

Vor den Augen der Stadt:

Wohnhaus verkommt in bester Lage



Das Haus Bachstraße 1a verkommt von Jahr zu Jahr.

Alle sprechen von Wohnungsnot und dennoch ist es möglich, ein Haus über Jahre leer stehen und langsam verfallen zu lassen. So der Fall beim Haus Bachstraße 1a, einen Steinwurf entfernt vom Bonner Hauptbahnhof gelegen. Schon 2014 hatte der BBB mit einer Großen Anfrage die Verwaltung vergeblich auf diesen Missstand hingewiesen. Ihre Antwort: Weder bauordnungsrechtlich noch denkmalrechtlich bot sich angeblich eine Möglichkeit, den Leerstand zu beseitigen, noch konnte die Wohnungsaufsicht erfolgreich tätig werden. Und bis heute hat sich weiter nichts getan. Für den BBB ein unerträglicher Zustand.

Ganz ohne Megaphone und große Sprüche:



So packten "Fridays for Future" 1946 an.

Zur geschlechtergerechten Sprache:

Wir hans verstanden
Mit Spott und Schanden,
Wie man die Sprach verkehrt!
Und ganz zerstört.
Ihr bösen Teutschen,
Man sollt euch peutschen.
In unserm Vaterland;
Pfu! dich der Schand!

Johann Michael Moschenrosch (1601-1669) in "Sprachverderber"



An alle Bonner Haushalte

RATS-REPORT 02/21

BBB

Stadtrat setzt Frist für das Römerlager:

OB soll nach 5 Jahren Konzept vorlegen



In Bonn stand eines der größten römischen Legionärlager

Stell Dir vor, das Bonner Römerlager gehört seit dem 27. Juli 2021 zum Weltkulturerbe der UNESCO und nichts ist in der Bundesstadt vorbereitet. Nicht, weil diese Auszeichnung überraschend gekommen wäre, sondern weil Bonns Stadtverwaltung schlich gepennt hat. Seit Juli 2016 liegt ihr ein 75seitiger Masterplan, erstellt von der RWTH Aachen und bezahlt vom Land vor, wie man das Römerlager insgesamt touristisch aufwerten könnte. Nichts ist geschehen. Jetzt platzte auch den übrigen Stadtverordneten der Kragen. Sie stimmten dem Antrag des BBB zu, der von der OB verlangt, bis zur Ratssitzung am 20. Oktober einen Vorschlag vorzulegen, wie als erster Schritt die beiden Lagertore im Verlauf der Römerstraße visualisiert werden können.

Alter Forderung des BBB entsprochen:

Künftig Erbpacht statt Verkäufe

Seit der Kommunalwahl 2009 hat der BBB keinem Verkauf städtischer Grundstücke mehr zugestimmt, sondern vergeblich und vorrangig die Vergabe von Erbbaurechten verlangt. Für den BBB gehört zu einer erfolgreichen Stadtentwicklung, dass Bonn langfristig den Einfluss auf die Nutzung möglichst vieler Grundstücke im Stadtgebiet behält. Erst jetzt sind die Grünen auf diese Linie eingeschwenkt und geben der Vergabe von Erbbaurechten künftig Vorrang vor Verkäufen städtischer Grundstücke. Leider zu spät für viele Filetgrundstücke in einmaliger, zentrumsnaher Lage, die schon dem Zugriff der Stadt in späteren Generationen entzogen sind.

Familienbildung für Links-Grün Auslaufmodell:

Stattdessen mehr Geld für LGBTQ

Gestrichen hat die links-grüne Mehrheit im Stadtrat 60.000 Euro für drei Familienbildungsstätten. Stattdessen hat sie zusätzliche Mittel bereitgestellt für das GAP (Gemeinsam Anders Punkt. Jugendzentrum für Jugendliche und Erwachsene, die sich als schwul, lesbisch, bi, trans oder queer identifizieren), die AIDS Hilfe Bonn e.V. und das SchLAu (schwul-lesbisch-bi-trans Bildungs- und Aufklärungsprojekt für Schulklassen). Zusätzlich beauftragte Links-Grün die Verwaltung, "die queeren Szene in der Bundesstadt Bonn bei der Suche nach einer gemeinsamen Anlaufstelle zu unterstützen." 10.000 Euro jährlich gehen aber nicht, wie beantragt, an Seeye im Mittelmeer, da ein solcher Beschluss rechtswidrig gewesen wäre.

Der Haushalt 2021/2022 beweist es:

Das links-grüne Stadthaus ist ein Tollhaus



Über dem links-grün regierten Stadthaus ziehen dunkle Wolken auf.

Pro-Kopf-Verschuldung Bonns explodiert unter Links-Grün.

Bis 2025 werden die Bonner Grünen mit ihren linken Helfershelfern nach der von ihnen beschlossenen Finanzplanung zusätzliche Schulden von rd. 500 Mio. Euro angehäuft haben. Der Schuldenstand der Stadt wird dann knapp 1,3 Mrd. Euro betragen und die Verschuldung pro Kopf vom Säugling bis zum Senior steigt in diesen vier Jahren links-grüner Stadtregierung nach der Finanzplanung von 5.550 Euro (2020) auf 7.699 Euro. Ende 2020 waren die Einwohner vergleichbarer Städte wie Bielefeld mit nur 2.486 Euro, Münster mit 2.675 Euro und die von Aachen mit nur 3.338 Euro deutlich weniger als die Bonner verschuldet.

36,162 Mio. Euro Ausgaben von Links-Grün draufgesattelt

Die Steuerschätzung vom Mai 2021 sagt für Bonn einen dramatischen Einbruch im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2019 voraus, der letzten vor der Corona-Pandemie. Das Gewerbesteueraufkommen (brutto) muss um 24,2 Millionen Euro nach unten korrigiert werden, der Anteil Bonns an der Einkommensteuer um weitere 29,6 Millionen Euro. Auch im kommunalen Finanzausgleich ist 2022 gegenüber den ursprünglichen Erwartungen mit einem Minus von 38 Millionen Euro zu rechnen. Summiert sind das 91,8 Mio. Euro, die in der städtischen Kasse fehlen werden. Desungeachtet hat Links-Grün mit 31 Anträgen während der Haushaltsberatungen zusätzlich Ausgaben in Höhe von 36,162 Mio. Euro draufgesattelt. Der BBB hat diesen Haushalt angesichts der Finanzlage der Stadt strikt abgelehnt.

Allein 84 neue Stellen von Links-Grün beantragt

Statt zu prüfen, was unverzichtbar ist und worauf angesichts der Finanzkrise verzichtet werden muss, beantragte Links-Grün zusätzlich 84 neue Stellen. Mit den Vorschlägen der Verwaltung summierten sie sich auf 245 Posten, die ab 2022 Gehaltszahlungen von über 15,4 Mio. Euro erfordern. Allein die grüne OB installiert in ihrem Büro einen Wasserkopf mit zusätzlich 8 neuen Stellen, davon 2 in der höchst zulässigen Gehaltsstufe B2, und nahm zusätzlich 3 Höherstufungen vor. Gesamte Arbeitsplatzkosten pro Jahr: 1,298 Mio. Euro.

Zweite Miete steigt in Bonn drastisch

Die BBB-Fraktion hat die für 2021 beschlossenen Gebührenerhöhungen von teils mehr als 20 % für die Straßenreinigung, die Abfall- und die Schmutzwasserentsorgung abgelehnt. Grund dafür waren vor allem die in der Niedrigzinsphase mit 5,92 % erneut völlig überhöhten kalkulatorischen Zinsen. Wie man es bürgerfreundlicher machen kann, beweist die Stadt Köln, die für 2021 nur 2,55 % ansetzte. Durch die massiven Gebührenerhöhungen steigt die zweite Miete für alle Einwohner deutlich. Die vierköpfige Familie "Mustermann" muss der Stadt 138,46 Euro mehr Gebühren zahlen als im Vorjahr. Hinzu kommt die in Bonn hohe Grundsteuer, für die die Musterfamilie der Stadtkasse weitere 576 Euro überweisen muss. Das schmerzt, denn die Durchschnittseinkommen sind 2020 um 300 Euro gesunken.

BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn · Altes Rathaus, Markt 2 · 53111 Bonn

Telefon 0228/77 54 45 · Fax 0228/77 54 47 · www.bbb-im-rat.de · v.i.S.d.P.: BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Hinweis zum Datenschutz: Diesen Newsletter können Sie jederzeit per Mail unter bbb.fraktion@bonn.de abbestellen, sofern personalisiert zugestellt. Ihre personenbezogenen Daten werden dann gelöscht. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://bbb-im-rat.de/datenschutz.html>

Desaster Beethovenhalle ohne Ende:

Jetzt wollen die Planer 10 Mio. Euro mehr

Gestartet wie ein Löwe mit der Ansage, die Interessen der Stadt gegen die säumigen Planer "mit allen Konsequenzen" durchzusetzen, landete das Gebäudemanagement der Stadt wie ein Bettvorleger und bat den Rat kleinlaut um Zustimmung zu Ergänzungsvereinbarungen. Mit ihnen soll ein Schiedsverfahren vor einem Sachverständigen über die Nachforderungen der Planer vereinbart werden. Wäre man dem BBB gefolgt, hätte man die überforderten Planer Anfang 2019, als die Baustelle das erste Mal still stand, durch zuverlässigere ersetzt. Das Lieblingsprojekt der Grünen, die von Anfang an die Luxus-Sanierung der Beethovenhalle einem Konzerthaus, finanziert durch die Dax-Konzerne, vorgezogen hatten, verteuert sich seit dem Ratsbeschluss regelmäßig. Damals rechnete man mit 53,4 Mio., angekommen ist man fünf Jahre später bei (mindestens) 166,2 Mio. Euro.

Vorübergehend gefahrlos befahrbar:

Meckenheimer Allee mit neuer Verschleißdecke

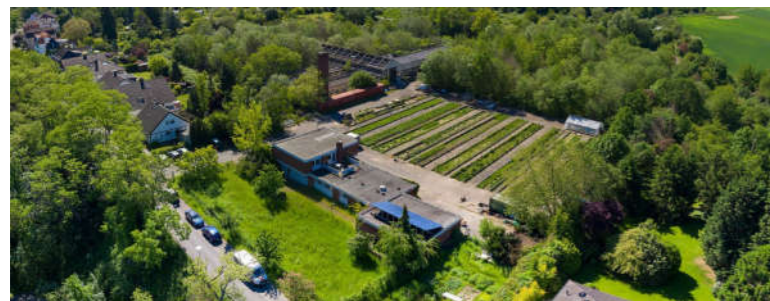


Wenn auch mit einiger Verspätung, so war der von mehr als 100 Bürgern unterzeichnete Antrag, die Fahrbahn der Meckenheimer Allee zu erneuern, jetzt erfolgreich. Auf dem Abschnitt zwischen Baumschulallee und Poppelsdorfer Schloss wurde die reichlich ramponierte Fahrbahn mit einer neuen glatten Asphaltdecke überzogen. Kosten: 150.000 Euro. Das wird zwar nicht auf Dauer, aber für einige Zeit für Anwohner wie für Verkehrsteilnehmer eine Verbesserung bringen, auch für die Patienten in den Rettungswagen, die über diese Hauptzufahrt zu den Uni-Kliniken und zum Marien-Hospital transportiert werden.

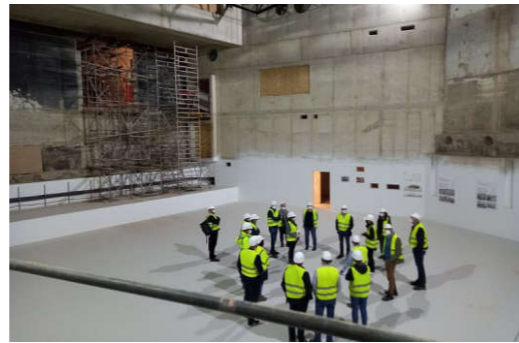
Der BBB kritisiert, dass seit Jahren der Zustand der Bonner Straßen immer schlechter wird. Viele sind nur noch ein einziger Flickenteppich. Die Reinvestitionen kompensierten die Abschreibungen regelmäßig nicht. Die Unterhaltungsaufwendungen in Bonn unterschreiten auch den von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ermittelten Richtwert von 1,30 Euro je qm und Jahr mit nur 0,37 Euro deutlich.

Allen Versprechen vor der Wahl zum Trotz:

Links-Grün bebaut das Meßdorfer Feld jetzt doch!



Mit ihrem Antrag, die Beschlüsse zur Bebauung der ehemaligen Stadtgärtnerei im Meßdorfer Feld aufzuheben, hat die BBB-Fraktion Links-Grün zum Schwur gezwungen. Was vor der Wahl galt, gilt nach der Wahl nicht mehr. Das Gelände der Stadtgärtnerei wird nicht entsiegelt, sondern überwiegend bebaut werden. Und damit wurde auch der Vorschlag des BBB verworfen, die Entsiegelung des Geländes für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen und so zu finanzieren. 2018 hatte die SPD geschrieben: "Um das Meßdorfer Feld in Gänze als wertvollen Naturerholungsort zu erhalten, sollte von jeder weiteren Bebauung abgesehen und eine zukünftig naturnahe Nutzung geplant werden." In der damals beliebten "Gerd Show" sang die Kanzlerpuppe Gerhard Schröders (SPD) passend dazu: "Was'se heute kannst versprechen, darfst morgen wieder brechen."



Der Kammermusiksaal kostet statt 5 jetzt 18,5 Mio. Euro.

Bleibende Erinnerung an die Bonner Republik:

Bundesbüdchen ist zurückgekehrt

Der BBB freut sich über die Rückkehr des kleinen Kiosks, für dessen Erhaltung er sich über Jahre engagiert hatte. Wenn auch nicht an seinem ursprünglichen Standort platziert, hat er in das ehemalige



Regierungsviertel zurückgefunden. Für den BBB ist er auch ein Dokument der Bescheidenheit der Bonner Republik im Gegensatz zu ihrer Berliner Nachfolgerin. Dort wird das Bundeskanzleramt für über 600 Mio. Euro um 395 Arbeitsplätze erweitert. Planung und Vorbereitung des Projektes haben schon 24,2 Mio. Euro verschlungen. Wir fragen: Frau Merkel, geht's noch?

Der BBB freut sich:

Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss



Erstmals wurde einem Vertreter des BBB der Vorsitz in einem Ausschuss übertragen. Johannes Schott wurde vom Stadtrat zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gewählt, dem die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes

und die Jahresbilanz der Stadt vorgelegt werden müssen.

SPD, Grüne und das Meßdorfer Feld:

Es gilt das gebrochene Wort

"Eine Bebauung des Geländes der alten Stadtgärtnerei - auch wenn sie sich nur auf bereits versiegelte Flächen beschränken würde - wäre eine Fortsetzung der 'Salamitaktik' der schrittweisen Bebauung einer der letzten Freiflächen Bonns... Die grüne Wählerschaft dürfte zutiefst enttäuscht sein, dass die Grünen in Zeiten des Klimawandels und befreit von den 'Sachzwängen' der Koalition mit den Bau-Befürwortern CDU und FDP nicht jeglicher Bebauung - auch an den Randbereichen - eine Absage erteilen und sich nicht für die Erhaltung der für Bonn so wichtigen Frischluftschneise einsetzen. Das ist mal wieder ein Musterbeispiel für gebrochene Wahlversprechen. Schade, dass die SPD ebenfalls 'Standpunkte' aus der vergangenen Ratsperiode einfach mal so aufgibt. So schadet man nicht nur dem Klimaschutz, sondern fördert zugleich Politikverdrossenheit."

Ralf Dohrenbusch in seinem Leserbrief im Bonner General Anzeiger vom 21. Januar 2021

Wie bei den Grünen üblich:

Dachbegrünung=Viel Lärm um nichts



Mit solchen Kleinigkeiten trumphen die Grünen auf.

Geradezu lächerlich und peinlich war für den BBB die PR-Aktion der grünen OB, die voller Begeisterung die ersten Wartehäuschen der städtischen Verkehrsbetriebe mit begrünten Dächern der Presse vorführte. Der BBB meint: Statt 2,5m² große Mini-Dächlein zu bejubeln, hätten die Grünen besser dafür gesorgt, dass in der Hitzeinsel der Bonner Innenstadt die ca. 7.000 m² großen Dächer der Neubauten am Bonner Hauptbahnhof von den Investoren begrünt worden wären.



Hier "vergaßen" Grüne den Umweltschutz.

Hier ist kein Quadratzentimeter Grün auf die Dächer gekommen, die die Innenstadt so täglich kräftig aufheizen. Weder mit einem Bebauungsplan noch beim Grundstückskauf schrieben die Grünen hier den Investoren eine Dach- oder Fassadenbegrünung vor.



Für ein begrüntes Parkhaus haben Grüne kein Geld.

Den Antrag des BBB, sich als Stadt vorbildlich zu verhalten und die Fassade des Parkhauses am Kongresszentrum zu begrünen, lehnten die Grünen ab, obwohl sie eben noch den Klimanotstand in Bonn ausgerufen hatten. Selbst die Verwaltung hatte in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass eine Begrünung mit Kletterpflanzen möglich sei. Durch eine Teilbegrünung könnte die hässliche Fassade optimiert und auch ökologischen Aspekten Rechnung getragen werden. Reden und Handeln sind für die Grünen eben zwei Paar Schuhe. Statt selbst mit gutem Beispiel voran zu gehen, beschlossen sie nur Zuschüsse für Privatleute, die ihre Fassaden von sich aus begrünen wollen. Das Motto der links-grünen Mehrheit lautete: Hannemann, geh Du voran. Die Grünen sollten sich besser an Kurt Tucholskys Forderung orientieren: "Tue, was du predigst."

Versicherungswirtschaft hat ermittelt:

60% der Baugebiete Bonns sind versiegelt

Bei knapp 60% liegt der Anteil der versiegelten Fläche in den städtisch bebauten Teilen Bonns. Das hat eine Studie ergeben, die der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft in Auftrag gegeben hat. In ihr wurden die Versiegelungsflächen der 50 größten deutschen Städte unter die Lupe genommen. Von der Gesamtfläche des Bonner Stadtgebietes einschließlich der Wälder, Grünflächen und landwirtschaftlich genutzten Bereiche ist knapp ein Drittel (30,31 Prozent) bebaut und damit versiegelt. Damit liegt Bonn unter den Großstädten im Mittelfeld auf Platz 27. Köln belegt mit 34,33 Prozent Rang 19. Das Freiburger Stadtgebiet ist mit 17,62 Prozent am wenigsten bebaut. Diese Stadt gilt daher bundesweit als attraktivste.

Höchste Zeit umzusteuern:

Schluss mit Baumfällungen und Versiegelungen!



Die Anwohner wehren sich hier gegen bis zu 7stöckige Wohnsilos neben ihren Einfamilienhäusern.

"Alles, was der Mensch gerade zwischen Rekordhitze und Sintfluten erlebt hat, war vorhergesagt...Es wird höchste Zeit, dass auch die Bonner Verwaltung und die Kommunalpolitiker innehalten und sich fragen, ob ihre derzeitigen Pläne und/oder bereits getroffenen Entscheidungen wirklich klima- und umweltgerecht sind. Können sie verantworten, 71 alte Bäume wegen zweier Radschnellrouten in der Rheinaue fällen zu lassen, dabei 4.500 Quadratmeter Boden neu zu versiegeln und weitere rund 270 Fällungen auf dem Postbankgelände und gleich daneben für den Neubau des BSI in Plittersdorf zu genehmigen? Ganz zu schweigen von Baumfällungen und Flächenversiegelungen bei vielen weiteren Bauvorhaben in Bonn."

Hans-Reimar von Mutius im Bonner General-Anzeiger vom 17.07.2021

Bonn kann von Europa lernen:

BBB lobt den Klimapakt der flämischen Region

Vorbildlich findet der BBB ein Projekt der flandrischen Regionalregierung und ihrer Kommunen, die mit einem "Lokalen Energie- und Klimapakt" die Umsetzung des Pariser Klimavertrages in die eigenen Hände nehmen wollen. Jede Kommune, die den Pakt unterzeichnet, verpflichtet sich zu ganz konkreten Maßnahmen, etwa pro Einwohner einen Baum bis 2030 zu pflanzen. Weiter auf der Handlungsliste: Ein halber Meter Hecke oder Gartenbepflanzung je Einwohner, für alle 1000 Einwohner ein zusätzlicher grüner Ort von mindestens 10 Quadratmetern und pro hundert Einwohner eine Ladestation für E-Autos. Pro Bewohner ein Quadratmeter Betonentsiegelung, ein Meter neue Radweg und einen Kubikmeter Regenwasser auffangen. Das Ganze wurde am 10. Juni in Gent gestartet und der BBB fragt sich, warum es nicht auch in Deutschland eine ähnliche Initiative gibt, ausgehend von den Städten, die zeigen, dass und wie man mit konkreten Maßnahmen gegen den Klimawandel vorgehen kann.

Radwege Rheinaue - BBB kritisiert geplanten Kahlschlag:

Geschützte Bäume sollen Radschnellwegen weichen

Gegen den Ausbau von 4 Meter breiten Schnellspuren für Radfahrer durch den zentralen Bonner Erholungspark Rheinaue hat sich der BBB im Rat ausgesprochen. Linksrheinisch sollen nach den Plänen von Links-Grün und CDU Radschnellwege auf etwa 3,5 km, rechtsrheinisch über 1,8 km durch die besonders geschützte Rheinaue führen. Dafür sollen die Grünfläche der linksrheinischen Rheinaue in der Größe eines Fußballfeldes asphaltiert und dort im Landschaftsschutzgebiet mindestens 44 Bäume, darunter 13 mit einem Stammumfang von über 2 m, gefällt werden. Für den BBB kann man so nicht Klimaschutz machen, zumal die Naturschutzverbände BUND und Nabu alternativ nutzbare Trassen vorgeschlagen haben, die bereits vorhandene, breit ausgebaute Wege nutzen würden. Der Antrag des BBB, dies zu prüfen, wurde von Links-Grün und CDU gelehnt.